

Christopher Gerards

CGS-Spezial-Reihe: Analysen zur globalen Politik des Internets

DAS INTERNET:

EIN INSTRUMENT ZUR TRANSFORMATION ODER ZUR

KONSOLIDIERUNG AUTORITÄRER SYSTEME?

CGS - Discussion Paper 13

Dezember 2014



Kommt dem Internet in autoritären Systemen vornehmlich eine transformative oder eine konsolidierende Bedeutung zu? Theoretisch betrachtet gibt es keine pauschale Antwort, keine der beiden Optionen tritt unweigerlich ein. Daher sollten Urteile immer anhand jeweils lokaler Faktoren und auf der Basis von Einzelfällen gefällt werden. Das Beispiel Chinas zeigt etwa, welche Möglichkeiten Staaten zur Verfügung stehen, das Internet als Instrument zur Kontrolle seiner Bürger einzusetzen. Quantitative Analysen legen zudem den Schluss nahe, dass die Anstrengungen zur Internetkontrolle im weltweiten Vergleich in ihrer Anzahl und Qualität zunehmen.

1. Einleitung

Als es 2011 zu Aufständen in mehreren Staaten des arabischen Raumes kam und die Protestierenden dabei das Internet als Instrument für ihre Ziele nutzten, beförderte dies auch eine populärwissenschaftlich geführte Diskussion über die Bedeutung des Internets für die Transformation politischer Systeme¹: Begriffe wie „Revolution 2.0“² verbreiteten sich und im Vorfeld der Verleihung des Friedensnobelpreises 2011 wurde gar spekuliert, ob Facebook und Twitter den Preis zugesprochen bekommen sollten.³ Andere Stimmen plädierten hingegen für eine deutlich zurückhaltendere Betrachtung der Rolle Neuer Medien während der Proteste.⁴ Die vorliegende Arbeit möchte die Rolle des Internets⁵ in autoritären Regimen⁶ diskutieren und seine Bedeutung für die Transformation politischer Systeme hinterfragen. Ist das Internet wirklich, wie die eingangs angeführten Zitate suggerieren, ein Instrument zur Demokratisierung – oder wird seine Wirkung weithin überschätzt? Ist das Gegenteil richtig, eignet das Internet sich gar als ein Mittel, das autoritäres Regieren unterstützt? Für die Internationalen Beziehung ergibt sich aus diesen Fragen insofern eine Relevanz, als sie mögliche Antworten auf die Außenpolitik und Maßnahmen zur Demokratieförderung geben könnten. Die vorliegende Arbeit vertritt dabei den Standpunkt, dass das Internet zwar Protestierenden nutzen kann, indem sie ihre Aktionen über das Internet organisieren. Jedoch überwiegen letztlich die Nachteile, eröffnet das Internet autoritären Staaten doch weitgehende Kontrollmöglichkeiten über seine Bürger und vermag damit zur Konsolidierung der Regime

¹ Der Begriff der „Systemtransformation“ wird gemäß Merkel verwendet als „Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsel“, Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2010), 66.

² *Revolution 2.0 by Wael Ghonim: review*, abrufbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/culture/books/bookreviews/9012484/Revolution-2.0-by-Wael-Ghonim-review.html>, letzter Aufruf am 20.08.2014.

³ *Nobel Peace Prize: Could Facebook or Twitter win?*, abrufbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/8812521/Nobel-Peace-Prize-Could-Facebook-or-Twitter-win.html>, letzter Aufruf am 20.08.2014.

⁴ Mohammad Ibrahim Ayish, ‘New Media in the Arab Spring Demystified! A Study of Satellite Television and Social Network’s Role in Arab Political Transitions’, in *The Arab World: The Role of media in the Arab World’s Transformation Process*, ed. Christoph Schmidt (Bonn: DW Akademie, 2012), 97-114.

⁵ Unter dem Begriff Internet subsummiere ich in dieser Arbeit: Homepages, Blogs, Soziale Medien und Applikationen für mobile Endgeräte. Teilweise verwende ich synonym den Begriff „Neue Medien“.

⁶ Als Arbeitsdefinition für „autoritäre Regime“ soll jene von Klaus Schubert und Martina Klein dienen: „A. Regime zeichnen sich dadurch aus, dass sie a) die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung stark einschränken, b) öffentliche Willensbildungsprozesse (Presse-, Informationsfreiheit) und die öffentliche Auseinandersetzung über politische Entscheidungen stark behindern und c) die pluralistische Interessenvielfalt begrenzen.“, ‘Autoritär’, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/wissen/MPKR6K>, letzter Aufruf am 23.08.2014.

beizutragen. Um diese These zu belegen, werden in einem ersten Schritt verschiedene Autoren vorgestellt, die sich auf theoretischer Ebene mit dem Internet und seiner Wirkung in autoritären Regimen befasst haben. Im Anschluss folgt eine empirische Analyse. Diese untersucht zunächst die Rolle des Internets während der Proteste im arabischen Raum, die 2010 ihren Ausgangspunkt fanden und versucht die Bedeutung anderer Faktoren für den Beginn der Proteste hervorzuheben. Danach werden die mit dem Internet einhergehenden Kontrollmöglichkeiten für Staaten betrachtet. Auf qualitativer Ebene soll das Beispiel Chinas verdeutlichen, welche Möglichkeiten autoritären Regimen durch das Internet zur Verfügung stehen.

2. Das Internet als Demokratisierungsinstrument?

Theoretische Perspektiven

Ein optimistischer Ansatz zur demokratiefördernden Rolle des Internets stammt von Clay Shirky: „[Digital tools] do not hurt in the short run and might help in the long run.“⁷ Shirky argumentiert historisch und führt das Ende der Sowjetunion als Beispiel für die Bedeutsamkeit von Medien im Allgemeinen an. Denn die finanziellen Nöte der Sowjetunion seien letztlich vor allem durch ihr Publikwerden zu einem Problem geworden, sodass Shirky schlussfolgert: „Communication tools during the Cold War did not cause governments to collapse, but they helped the people take power from the state when it was weak.“⁸

Dem Internet kommen nunmehr nach Ansicht Shirkys und weiterer Vertreter eines optimistischen Ansatzes einige seinerzeit noch nicht existente Vorteile zu, die vor allem kommunikationswissenschaftlich begründet werden: Im Internet habe sich – verglichen mit der analogen Welt – ein verändertes Nutzungsverhalten herausgebildet: die *many-to-many*-Kommunikation. Nutzer seien demnach nicht mehr lediglich passive Konsumenten von Inhalten, sie generierten diese vielmehr selbst und diskutierten sie untereinander.⁹ An dieser Stelle beruft sich Shirky auf Elihu Katz und Paul F. Lazarsfeld, welche die Wirkung von Informationen auf die Herausbildung politischer Meinungen bei Individuen untersucht haben. Einen Effekt auf die politische Meinung schaffe nämlich nicht die Information allein, die dem Empfänger überliefert wird. Entscheidend sei ein zweiter Schritt, in dem der Empfänger mit seinem Umfeld – Freunden, Familienmitgliedern oder Kollegen – darüber diskutiert.¹⁰ Das Internet mitsamt seiner *many-to-many*-Kommunikation sei hier besonders wirksam: “This is the step in which the Internet in general, and social media in particular, can make a difference.“¹¹ In nicht-demokratischen Staaten ohne eine freie Öffentlichkeit erweise sich das Internet somit als „functional substitute“¹² einer solchen. Das Internet Sorge für ein höheres Maß an Meinungspluralismus – auch weil in nicht-demokratischen Staaten ohne freie Presse häufiger politische Inhalte im Internet abgerufen würden als in Ländern, in denen das Internet

⁷ Clay Shirky, ‘The Political Power of Social Media. Technology, the Public Sphere and Political Change’, *Foreign Affairs* 90, no. 1 (2011), 30.

⁸ Ebd., 34.

⁹ Hanan Badr und Thomas Demmelhuber, ‘Autoritäre Regime, Neue Medien und das <<Regimedilemma>>’, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 21, no. 1 (2014), Heft 1, 146.

¹⁰ Shirky, 34.

¹¹ Ebd., 34.

¹² Archon Fung, Hollie Gilmand und Jennifer Shkabatur, ‘Six Models for the Internet + Politics’, in: *International Studies Review* 15, 1 (2013), 34.

in stärkerem Maße zur Unterhaltung genutzt werde.¹³ Außerdem wird auf die Mobilisierungsfunktion des Internets verwiesen, die Protestbewegungen dienlich sei: Politische Botschaften ließen sich leicht, günstig und schnell verbreiten. Somit gelinge vor allem über Plattformen wie Facebook und Twitter eine effektive Organisation und Koordination von Protest.¹⁴

Autoritäre Machthaber sähen sich nun drei bedeutenden Dilemmas gegenüber, welche die Faktoren Innovation, Unterhaltung und Macht betreffen.¹⁵ Denn – erstens – gehe vom Internet eine Aufwertung des Standortes aus; wer es also allzu restriktiv behandelt, riskiere Schaden für die Wirtschaft des eigenen Landes. Zweitens drohe durch zu weit greifende Zensur die konstraintentionale Politisierung ursprünglich passiver Bevölkerungsgruppen. Ethan Zuckerman nennt das die "Cute Cat Theory"¹⁶. Werde etwa ein Videoportal aufgrund weniger politischer, zugleich aber regime-kritischer Videos in Gänze geschlossen, betreffe dies auch jene Menschen, die allein Unterhaltungsvideos hatten konsumieren wollen – zum Beispiel Videos von Katzen. Die Folge: "It teaches people how to become dissidents – they learn to find and use anonymous proxies, which happens to be a first step in learning how to blog anonymously."¹⁷ Die Tatsache, dass Staaten sich zur Zensur von Inhalten oder zu Maßnahmen der Gegenpropaganda entschließen, hält Shirky überdies für einen weiteren Indikator der Bedeutsamkeit des Internets. Denn während Aktivisten es im Glauben an eine demokratiefördernde Wirkung nutzen würden, zeugten die staatlichen Gegenmaßnahmen von einer Annahme der Gefahr durch das Internet – und damit von einer Relevanz desselben.¹⁸

Einen deutlich pessimistischeren Standpunkt nimmt der Kolumnist des *New Yorker*, Malcolm Gladwell, ein.¹⁹ So wie er es darstellt, sind soziale Medien aus gruppenpsychologischen Gründen nicht protestfördernd. „High-risk activism [...] is a 'strong-tie' phenomenon.“²⁰ Soziale Medien dagegen erzeugen nach Gladwells Ansicht keine engen Bindungen unter Protestierenden, zumindest nicht in einer Weise, wie sie Gladwell etwa bei den Greensboro-Demonstrationen gegen Rassismus von 1960 identifiziert hat. "But weak ties seldom lead to high-risk activism."²¹ Überdies argumentiert Gladwell organisationstheoretisch, wenn er die netzwerkartige Struktur sozialer Medien kritisiert.²² Er geht davon aus, dass Hierarchien unter Aktivisten deutlich effektiver seien. Denn "[networks] have real difficulty reaching consensus and setting goals. They can't think strategically; they are chronically proven to conflict and error."²³

¹³ Ebd., S. 34

¹⁴ Ebd., 34; Vgl. Shirky, 38.

¹⁵ Badr und Demmelhuber, 'Autoritäre Regime, Neue Medien und das <<Regimedilemma>>', 148f.

¹⁶ Ethan Zuckerman, 'The Cute Cat Theory Talk at ETech', abrufbar unter: <http://www.ethanzuckerman.com/blog/2008/03/08/the-cute-cat-theory-talk-at-etech/>, letzter Zugriff am 21.08.2014.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Shirky, 'The Political Power of Social Media. Technology, the Public Sphere and Political Change', 40.

¹⁹ Malcolm Gladwell, 'Small Change. Why the revolution will not be tweeted', abrufbar unter: <http://www.newyorker.com/magazine/2010/10/04/small-change-3?currentPage=all>, letzter Zugriff am 20.08.2014.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

²² Ebd.

²³ Ebd.

Es handelt sich um zwei deutliche Gegenpole in der Debatte. Um es mit Fung/Gilman/Shkabatur auszudrücken: „Each, the other thinks, just doesn't get it.“²⁴ Beide Argumentationen greifen in ihrer Aussagekraft allerdings zu kurz, da sie dazu tendieren, allgemeingültige Aussagen über das Internet zu treffen, ohne Kontextfaktoren in den Blick zu nehmen – was unter anderem Evgeny Morozov zum Anlass einer Kritik an der ersten der beiden Positionen nimmt: „The idea that the Internet favors the oppressed rather than the oppressor is marred by what i call cyber-utopianism [...]“²⁵. Der Grund dieser Verklärung liege auch in falschen Schlüssen, die aus der Geschichte gezogen würden, zum Beispiel, was die Rolle von Medien bei der Transformation in der Sowjetunion anbelange.²⁶ Weiterhin kritisiert Morozov einen „Internet-Zentrismus“: “Internet-centrist like to answer every question about democratic change by first refraining it in terms of the Internet rather than the context in which change is to occur.“²⁷ Dies sei gefährlich, da die Wirklichkeit verkannt werde; Morozov bringt es auf die Formel, das Internet stärke die Starken und schwäche die ohnehin schon Schwachen.²⁸

Ohne ihm vorab in dieser These folgen zu wollen, erscheint es in der Tat sinnvoller, das Internet nicht aus einer deterministischen Perspektive zu betrachten, sondern die Machtverhältnisse und Umweltbedingungen im Auge zu behalten, die auf das Medium wirken:

„Es ist die Neutralität der Technik, die sich aus deren instrumentellem Charakter ergibt. Werkzeuge und Apparate können für unterschiedlichste Zwecke, moralische und unmoralische, humane und inhumane in Dienst genommen werden. In einem technisch-funktional reduzierten Verständnis gilt dies auch für das Internet.“²⁹

Das Internet sollte also nicht a priori als „Gut“ oder „Böse“, sondern als durch unterschiedliche Akteure konstruiert betrachtet werden. Es gibt eine Vielzahl an Akteuren, die das Internet beeinflussen: Individuen, zivilgesellschaftliche Spieler, der Staat; es gibt unterschiedliche Absichten und unterschiedliche Subsysteme im Internet; und es gibt im Zeitverlauf unterschiedliche Konstellationen all dieser Variablen, die dem Internet keine konstante, sondern eine dynamische Gestalt verleihen.³⁰ Freilich mag dies dem ersten Anschein nach eine relativistische Position darstellen, doch ermöglicht ein derartiger Ausgangspunkt differenziertere Aussagen über die gegenwärtige Bedeutung des Internets in autoritären Regimen. Solche sollen sich aus dem folgenden empirischen Teil ergeben.

3. Das Internet und der „Arabische Frühling“

Die Diskussion um die demokratiefördernde Rolle des Mediums Internet im Allgemeinen geht nicht zuletzt zurück auf die Entwicklungen, die als „Arabischer Frühling“ bekannt

²⁴ Fung, Gilman und Shkabatur, ‘Six Models for the Internet + Politics’, 34.

²⁵ Evgeny Morozov, *The Net Delusion* (New York: Public Affairs, 2011), xiii.

²⁶ Ebd., xii.

²⁷ Ebd., xvi.

²⁸ Ebd., xvi.

²⁹ Weiß, Ulrich, ‘Das Politische am Internet. Eine politikphilosophische Reflexion’, in *Demokratie und Internet*, eds. Gellner, Winand und von Korff, Fritz (Baden-Baden: Nomos, 2012), 27-42.

³⁰ Ronald Deibert und Rafal Rohozinski, ‘Liberation vs. Control: The Future of Cyberspace’, *Journal of Democracy* 21, 4 (2010), 46.

wurden und 2010 mit der Selbstverbrennung eines tunesischen Gemüsehändlers ihren Ausgangspunkt fanden. Bezogen auf das Fallbeispiel „Arabischer Frühling“ im Speziellen ist ebenfalls eine Kontroverse entstanden, inwieweit das Internet für die Aufstände im arabischen Raum verantwortlich war.³¹ Auf der einen Seite wird die Rolle Neuer Medien als Mobilisierungsfaktor hervorgehoben. Asiem El Difraoui räumt zwar ein, dass vor den Revolten lediglich etwa ein Viertel der Ägypter im Besitz eines Internetzugangs war, über zwei Drittel aber konnten ein Mobiltelefon nutzen. Mittels eines solchen konnten sie sowohl Informationen erreichen als auch selbst tätig werden und fotografieren oder twittern.³² Die Thematisierung der Revolten im sozialen Netzwerk habe überdies gerade in weniger gebildeten sozialen Milieus dazu geführt, dass der Glaube an einen Umsturz wuchs, argumentiert Hofheinz.³³ Er verweist überdies auf die Sozialisierungsfunktion Neuer Medien im, durch überdurchschnittlich viele junge Menschen geprägten, arabischen Raum:

„Mit seinem Aufbau als ‚Freunde‘-Netzwerk ist Facebook ein Paradebeispiel dafür, dass über verstärkte Kommunikation im Internet und insbesondere in den sozialen Medien das Gewicht von Freunden und Gleichaltrigen (peers) gegenüber dem von älteren Autoritäten und Hierarchien wächst. Das hat Einfluss auf die Herausbildung sowohl von faktischem Wissen als auch von Werten und Haltungen [...]“³⁴

Auch spricht der Zuwachs der Facebook-Nutzer zwischen 2008 und 2010 um 360 Prozent auf 3,5 Millionen für die Bedeutung sozialer Medien im arabischen Raum.³⁵ Neue Medien dienten den Demonstranten offenbar als Raum für Diskussionen und Informationsaustausch, den sie in der unfreien klassischen Presse nicht hatten vorfinden können.³⁶

Andere Narrative hingegen betonen vor allem die Rolle tieferliegender und zeitlich deutlich weiter zurückreichender Ursachen der Revolten. Cilja Harders identifiziert zum Beispiel eine „Krise des autoritären Sozialvertrags“³⁷ als maßgeblich für die Proteste. Sie erkennt eine Output-Legitimation der Staaten, die auf Erlösen aus Öl-Exporten beruhte, welche den Staaten sozialpolitischen Umverteilungsspielraum ermöglichten. Doch von jenem Moment an, als der Staat die monetären Erwartungen des Volks nicht mehr zu erfüllen im Stande gewesen sei, sei auch seine Legitimität gesunken.³⁸

Obschon die Positionen deutlich voneinander abzugrenzen sind, scheint sich dennoch ein Minimalkonsens herauszubilden, zumindest insofern, als Vertreter einer pessimistischen

³¹ Für eine kompakte Gegenüberstellungen beider Positionen vgl. James L. Gelvin, *The Arab Uprisings. What everyone needs to know*, (Oxford: Oxford University Press, 2012), 50ff.

³² Asiem El Difraoui, *Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling*, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/52420/die-rolle-der-neuen-medien?p=all>, letzter Zugriff am 23.08.2014.

³³ Albrecht Hofheinz, ‘Soziale Medien im Arabischen Frühling’, in *Der Arabisch Frühling. Hintergründe und Analysen*, ed. Thorsten Gerald Schneiders (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2013), 118.

³⁴ Ebd., 123.

³⁵ Gelvin, *The Arab Uprisings. What everyone needs to know*, 50.

³⁶ Volker Perthes, *Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2011), 27.

³⁷ Cilja Harders, ‘Neue Proteste, alte Krisen: Ende des autoritären Sozialvertrags’, in *Arabische Zeitenwende. Aufstand und Revolution in der arabischen Welt*, ed. Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2012), 64.

³⁸ Ebd.; Martin Beck und Simone Hüser, ‘Politischer Wandel im Nahen Osten’, in *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*, eds. Annette Jünemann und Anja Rozob (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2013) 201.

Position dem Internet eine mögliche katalysatorische Rolle für die Proteste zugestehen.³⁹ So ist es letztlich mit Perthes zu halten, der konstatiert: „Die Bedeutung des Internets und von sozialen Medien wie Facebook für die Aufstände in der arabischen Welt sollte weder kleingeredet noch überschätzt werden.“⁴⁰ Für die vorliegende Argumentation bedeutet dies auch, dass die These einer „Internet-Revolution“ bereits aus semantischen Gründen zu verwerfen ist. Die obigen Ausführungen zeigen, dass das Internet ein organisatorisch und emotional nützliches Instrument für die Protestierenden war; dass es zugleich aber nicht die Revolten *verursacht* hat. Nun, da mit dem „Arabischen Frühling“ eines der Schlüsselereignisse für den Diskurs um die vermeintlich demokratiefördernde Rolle des Internets dargestellt wurde, soll ein umfassenderer Blick geboten werden: Wie weit reichen die Kontrollmöglichkeiten autoritärer Staaten? Und was bedeutet dies für die Frage, ob das Internet zur Transformation oder zur Konsolidierung autoritärer Regime beiträgt?

4. Kontrollmöglichkeiten im Internet

Zu den subtileren Formen der Internetkontrolle gehört jene, welche die *Süddeutsche Zeitung* im Juni des laufenden Jahres mit Blick auf Russland beschrieb.⁴¹ In dem Artikel ist die Rede von einer russischen PR-Agentur, die pro Monat eine Million Dollar für kreml-freundliche Propaganda im Internet aufwende. Die Mitarbeiter der Agentur würden die Meinung zu bestimmten politischen Themen über die Kommentarspalten bekannter Nachrichtenseiten oder durch Äußerungen in Diskussionsplattformen des Web 2.0 zu beeinflussen versuchen. Die Anonymität in diesen Foren mache es den – nach einem Provisionssystem bezahlten und durch zuvor ausgegebene Argumentationshilfen unterstützten – Propagandisten zusätzlich leichter. Der Bericht suggeriert dabei eine Nähe der Agentur zum Umfeld des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin. Betroffen seien einerseits ausländische soziale Netzwerke und Nachrichtenportale wie Youtube, Facebook oder die Huffington Post. Andererseits deckte dem Bericht zufolge eine verdeckt in einer Agentur recherchierende Reporterin der Nowaja Gaseta bereits 2012 ein ähnliches Vorgehen mit Bezug auf inländische Internetseiten auf:

„Dort erlebte sie, wie PR-Spezialisten den Kampf mit Kritikern des Kreml im russischsprachigen Internet aufnahmen, indem sie diskriminierende Blogeinträge über Oppositionelle verfassten, Schmäh-Collagen bastelten und versuchten, diese durch massenhafte Posts in die Trends der meistdiskutierten Themen bei Twitter zu bringen.“⁴²

Ähnliche Vorgänge sind auch aus anderen Ländern bekannt. In China existiert zum Beispiel eine als „50 Cent Party“ bekannte Bewegung, die ihren Namen der Tatsache verdankt, dass ihre Blogger 50 Cent dafür erhalten, wenn sie im Internet dem Regime gewogene beziehungsweise der Parteilinie entsprechende Haltungen zum Ausdruck bringen.⁴³ Freilich sagen diese Beispiele wenig über die Reichweite und die Wirkung der Propaganda. Doch

³⁹ Ayish, ‘New Media in the Arab Spring Demystified! A Study of Satellite Television and Social Network’s Role in Arab Political Transitions’, 99.

⁴⁰ Perthes, *Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen*, 27.

⁴¹ Süddeutsche Zeitung, *Putins Trolle*, 13. Juni 2014, 8.

⁴² Ebd., 8.

⁴³ Reporters Without Borders, *Enemies of the Internet 2014*, 34.

vermögen sie Zweifel an den eingangs erwähnten theoretischen Ausführungen internet-optimistischer Vertreter hervorzurufen. Denn in die *many-to-many*-Kommunikation der Internetnutzer können sich ganz offenbar auch bezahlte Propagandisten einmischen und die Diskussion im Sinne autoritärer Machthaber beeinflussen. Vor diesem Hintergrund ist die These, das Internet könne ein Substitut für eine nicht vorhandene öffentliche Sphäre generieren, mit einiger Skepsis zu betrachten.

Ohnehin wird das chinesische Internet in der Literatur als „one of the most regulated in the world“⁴⁴ beschrieben; zahlreiche Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen werden genannt, die im folgenden – in Anbetracht des Umfangs dieser Arbeit ohne den Anspruch einer flächendeckenden Darstellung – exemplarisch Erwähnung finden sollen: Ein bekanntes Beispiel ist etwa der Fall des chinesischen Skype-Partners Tom-Skype, bei dem die Chatverläufe pro-demokratischer Aktivisten durch Unternehmenstechnik überwacht wurden.⁴⁵ Von großer Bedeutung für die Zensur in China sind außerdem die Suchmaschinen, die – offenbar als Folge von Zensurmaßnahmen – bestimmte Links oder Seiten nicht anzeigen oder nicht abrufbar machen. Die Maßnahme Googles, die Suchanfragen eine Zeit lang über Server in Hongkong umzuleiten, ist in diesem Kontext zu betrachten. Denn Google hatte die von staatlicher Seite geforderten Zensurmaßnahmen seiner Suchmaschine umgehen wollen; gleichwohl bewirkte dieses Vorgehen nicht, dass die betroffenen Seiten ausgespielt wurden, sodass sich Google letztlich zu einer Rückkehr zur Zensur entschied.⁴⁶ Dies zeige, schreibt Kim Björn Becker, „welchen enormen politischen Druck die chinesische Regierung aufzubauen bereit ist, um ihr Zensursystem in vollem Umfang aufrechtzuerhalten.“⁴⁷ Ein weiteres Beispiel für Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stammt ebenfalls aus China: In Internetcafés wird die Anonymität der Nutzer dadurch aufgehoben, dass sie ihren Ausweis vorlegen müssen. Außerdem wird eine große Zahl der Internetcafés durch Videokameras überwacht.⁴⁸

„Hintergrund dieser umfassenden Kontrolle ist das Gesetz über das Betreiben von Internetcafés vom 15. November 2002, das die Betreiber von Internetcafés verantwortlich macht, wenn ihre Nutzer regierungskritische oder subversive Inhalte aufrufen oder von dort aus verbreiten.“⁴⁹

Weiterhin filtern die chinesischen Behörden das Internet über Signalwörter und verhindern hierdurch die Abrufbarkeit bestimmter Seiten.⁵⁰ Aufmerksamkeit erregte zudem der als „Grüner Damm“-Projekt bekannt gewordene Versuch, ab dem Juli 2009 Überwachungstechnik auf den in China produzierten und verkauften Computern installieren zu lassen.⁵¹ Obgleich in der Praxis ein rascher Rückzug bei Privat-Computern erfolgte, ist dies als „ein weiterer Versuch der politischen Führung [...], die Funktionslogik der Internet-Zensur zu ihren Gunsten zu verändern“⁵² zu werten. Und im September 2013 wurde in China eine sogenannte „Kampagne gegen Online-Aufruhr“ initiiert. Demnach können in Augen der

⁴⁴ Reporters Without Borders, *Enemies of the Internet 2014*, 34.

⁴⁵ Deibert und Rohozinski, 'Liberation vs. Control: The Future of Cyberspace', 52.

⁴⁶ Kim-Björn Becker, *Internetzensur in China. Aufbau und Grenzen des chinesischen Kontrollsystems* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2011), 139-144.

⁴⁷ Ebd., 144.

⁴⁸ Ebd., 124.

⁴⁹ Ebd., 126.

⁵⁰ Ebd., 146f.

⁵¹ Ebd., 132-136.

⁵² Ebd., 136.

Behörden „defamatorische“ Inhalte im Internet zu Haftstrafen für ihren Urheber führen, sofern sie mehr als 5000 Mal betrachtet oder mehr als 500 Mal weiterverbreitet werden.⁵³ Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation *Reporter ohne Grenzen* befinden sich mindestens 70 Aktivisten aufgrund ihrer Aktivitäten im Internet in Haft – darunter auch der während seiner Haft mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Liu Xiaobo.⁵⁴ Derartige Maßnahmen dürften voraussetzenden Gehorsam der Internetnutzer zur Folge haben und einer öffentlichen Sphäre als Raum des freien Diskurses im Wege stehen.

Freilich bestehen Möglichkeiten, die Zensurmaßnahmen zu umgehen. Die genaue Anzahl der Menschen, die dies tun, steht nicht fest, Becker führt allerdings zwei Näherungswerte an, die bei drei beziehungsweise sechs Prozent der Internetnutzer liegen.⁵⁵ So identifiziert *Reporter ohne Grenzen* zwar „Cracks in the Great Wall“⁵⁶. Doch ändert dies angesichts der oben beschriebenen Praktiken wenig am Status quo des chinesischen Internets, das durch starke regulative Maßnahmen geprägt ist.

Wie beschrieben, handelt es sich bei den Maßnahmen in China um eine der am weitesten gehenden Kontrollformen des Internets, die somit nicht zwangsläufig repräsentativ für alle autoritären Staaten stehen muss. Die These einer zunehmenden Überwachungs- und Zensurlogik lässt sich jedoch auch anhand weiterer Beispiele stützen. So erkennen Deibert und Rohozinski insgesamt „a wave of securization efforts“⁵⁷. Diese stellen sie in Kontrast zur Anfangsphase des Internets, die sie als vergleichsweise liberal darstellen. Die Staaten hätten einem wirtschaftlichen Paradigma der freien Hand entsprechend selten Kontrolle über das Internet einzunehmen versucht.⁵⁸ Heute dagegen stehen Staaten eine Vielzahl von Ansatzpunkten zur Kontrolle des Internets zur Verfügung.⁵⁹ Dies können Gesetze sein, die teils ex post facto in Bezug auf das Internet Anwendung finden, wie ein Beispiel aus dem Libanon verdeutlicht.⁶⁰ Dort wurden, obschon die Redefreiheit gesetzlich garantiert ist, Diffamierungsgesetze gegen Facebook-Nutzer verwendet, die den Präsidenten kritisiert hatten.⁶¹ Nach Ansicht von Deibert und Rohozinski kann derartiges Vorgehen letztlich zu Selbstzensur führen – was das Entstehen eines öffentlichen Raums konterkarieren würde.⁶² Auch verfügen Staaten über die Möglichkeit, bei Privatfirmen – zum Beispiel Internet Service Providern – informelle Anfragen zu starten. Damit zielen sie darauf ab, Meinungen oder Informationen zu entfernen, die vermeintlich der „nationalen Sicherheit“ oder „kulturellen Sensibilitäten“ zuwiderlaufen. Seine extremste Form findet diese Praxis in jenen autoritären Staaten, in denen enge Bindungen zwischen Staat und Firmen bestehen.⁶³ Weiterhin können die Staaten Zensur- und Überwachungsmaßnahmen über Gesetze auf private Firmen

⁵³ Reporters Without Borders, *Enemies of the Internet 2014*, 35.

⁵⁴ Ebd., 36.

⁵⁵ Becker, *Internetzensur in China. Aufbau und Grenzen des chinesischen Kontrollsystems*, 137.

⁵⁶ Reporters Without Borders, *Enemies of the Internet 2014*, 37.

⁵⁷ Deibert und Rohozinski, 'Liberation vs. Control: The Future of Cyberspace', 49.

⁵⁸ Ebd., 49.

⁵⁹ Ebd., 50-55.

⁶⁰ Begünstigt werden Überwachungsaktivitäten auch durch private Firmen aus demokratischen Staaten, darunter auch Deutschland. Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Mai 2014 von Überwachungstechnik deutscher Firmen, die in Länder wie Iran, Syrien, Libyen oder Äthiopien gelangt sei. Eine Firma warb dem Bericht zufolge in einem Prospekt explizit damit, dass die Technik auch Oppositionelle finden könne. Das Bundeswirtschaftsministerium möchte die Lieferungen stoppen. (Süddeutsche Zeitung, *Alles unter Kontrolle*, 20. Mai 2014, 5)

⁶¹ Deibert und Rohozinski, 'Liberation vs. Control: The Future of Cyberspace', 50.

⁶² Ebd., 50.

⁶³ Ebd., 51.

übertragen; sie können kurzzeitig Inhalte blockieren, um ein Auffallen der Störmaßnahme zu verhindern; sie können sich Hacker-Methoden bedienen und über infiltrierte Werbung Zugriff auf Computer erlangen; und sie profitieren von Hackern, die dem Regime gewogen sind und deren Beziehung zum Staat letztlich unklar bleibt.⁶⁴ Diese Auflistung zeigt, welche Vielfalt an Kontrollinstrumenten autoritären Machthabern potenziell zur Verfügung steht. Die Frage ist – abgesehen vom Beispiel Chinas –, inwieweit sie auch angewandt werden.

Auf einer quantitativen Ebene vermögen die regelmäßig erscheinenden Berichte von Nichtregierungsorganisationen wie *Reporter ohne Grenzen* und *Freedom House* einen Einblick zu geben, in welchem Maße sich Staaten der Überwachung und Zensur des Internets bedienen. In ihrem Bericht 2014 konzentrierte sich *Reporter ohne Grenzen* auf Behörden und benannte 32 „Feinde des Internets“ – darunter auch Foren, die Überwachungstechnologien privater Firmen an Staaten vermitteln.⁶⁵ Der „Freedom on the Net“-Report der Organisation *Freedom House* legt zudem den Schluss zunehmender staatlicher Eingriffe ins Internet nahe.⁶⁶ Die Analyse gründet auf einem Punktesystem, das drei Kategorien berücksichtigt: die Zugangshemmnisse zum Internet, die Begrenzung von Inhalten sowie die Verletzung der Rechte der Nutzer. Eine absolute Aussagekraft besitzt das Ranking freilich insofern nicht, als nicht alle Staaten der Vereinten Nationen analysiert werden, sondern weniger als ein Drittel. So waren im Bericht von 2012 47 Staaten enthalten. Im Bericht, der den Zeitraum von Mai 2012 bis April 2013 abdeckt, wurden 60 Staaten untersucht. Die Organisation kommt zu dem Ergebnis, dass 34 von ihnen seit Beginn der Untersuchung eine "negative trajectory"⁶⁷ erlebt hätten; Gründe dafür seien etwa Verhaftungen und Beschränkungen der Meinungsfreiheit im Internet. Demgegenüber stehen nur 16 Länder, die eine aus Sicht der Organisation positive Entwicklung genommen haben.⁶⁸

“In 35 of the 60 countries examined in Freedom on the Net 2013, the government has either obtained more sophisticated technology to conduct surveillance, increased the scope and number of people monitored, or passed a new law giving it greater monitoring authority.”⁶⁹

Außerdem sei davon auszugehen, dass auch die restlichen Länder sich ähnlich verhalten hätten, in ihrem Falle allerdings unentdeckt.⁷⁰ Diese Ausführungen verdeutlichen auch auf numerischer Ebene, wie verbreitet Kontrollmaßnahmen sind – und dass sie offenbar in zunehmendem und professionellerem Maße angewandt werden.

5. Fazit

Die vorliegende Argumentation hat sich mit der Frage befasst, inwieweit das Internet als ein autoritäre Regime transformierender oder konsolidierender Faktor betrachtet werden kann. Vertreter eines internet-optimistischen Ansatzes sind der Ansicht, dem Internet komme eine

⁶⁴ Ebd., 52-54.

⁶⁵ Reporters Without Borders, *Enemies of the Internet 2014*, abrufbar unter: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Internetfreiheit/RWB_Internet_Enemies_2014.pdf, 3f.

⁶⁶ Kelly, Sanja, *Despite Pushback, Internet Freedom Deteriorates*, abrufbar unter: http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/resources/FOTN%202013_OVERVIEW%20ESSAY.pdf.

⁶⁷ Ebd., 2.

⁶⁸ Ebd., 2.

⁶⁹ Ebd., 8.

⁷⁰ Ebd., 8.

entscheidende Bedeutung zu, da es eine öffentliche Sphäre in auch medial wenig pluralistischen Systemen sowie die Koordinierung von Protest ermögliche. Internet-skeptische Vertreter formulieren ihre Kritik dagegen anhand gruppenpsychologischer und organisationstheoretischer Aspekte. Der aus theoretischer Perspektive überzeugendste Ansatz geht dahin, das Internet als zunächst neutrales Medium zu betrachten und daher lokale Kontextfaktoren und Machtkonstellationen in den Blick zu nehmen. Im empirischen Teil zeigte sich, welche dahingehende Tendenz zurzeit existiert.

Zwar wurde am Beispiel des „Arabischen Frühlings“ deutlich, dass dem Internet – wie im Theorieteil zur Sprache gekommen – eine relevante Funktion in der Mobilisierung von Protest zukommt. Gleichwohl zeigte sich auch, dass das Internet nicht als Ursache der Revolten betrachtet werden sollte, sondern dass im Gegenteil wesentlich langfristige Faktoren ausschlaggebend waren.

Das Beispiel Chinas vermochte indes zu verdeutlichen, dass eine konsequente Strategie zur Überwachung und Zensur des Internets in autoritären Regimen effektiv sein kann und staatsbürgerliche Rechte massiv einschränkt. Es ist anzunehmen, dass dies in der Praxis zu Selbstzensur und vorauseilendem Gehorsam führt und damit eine vermeintliche Demokratisierung im Keim erstickt. Auch zeigte sich am Beispiel von Propagandisten in Online-Medien, dass Meinungsmanipulation stattfindet und das Internet daher nicht pauschal als freie öffentliche Sphäre gedeutet werden sollte. Nicht zuletzt wurde deutlich wie verbreitet behördliche Kontrollmaßnahmen des Internets sind. Angesichts dieser Argumente ist der These zuzustimmen, dass das Internet mehr zur Konsolidierung autoritärer Regime beiträgt als zu ihrer Transformation.

Weiterführende Literatur

Kim-Björn Becker, *Internetzensur in China. Aufbau und Grenzen des chinesischen Kontrollsystems* (Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2011).

Evgeny Morozov, *The Net Delusion* (New York: Public Affairs, 2011).

Christoph Schmidt (ed.), *The Arab World: The Role of media in the Arab World's Transformation Process*, (Bonn: DW Akademie, 2012).